

Grenzüberschreitender Appell der Wirtschaft

Wirtschaftsvertreter aus der Grenzregion Deutschland-Polen warnen vor langfristigen Schäden der Grenzkontrollen

Die vor fast zwei Jahren von der deutschen Regierung und kürzlich auch von der polnischen Regierung eingeführten Grenzkontrollen behindern den wirtschaftlichen Austausch zwischen beiden Ländern und wirken sich besonders negativ auf die betroffenen Grenzregionen aus. Die Wirtschaft spürt die Folgen schon heute: Personal kommt verspätet zur Arbeit und Produktions- und Lieferketten sind gestört.

Eine Lösung ist aktuell nicht absehbar und führt zu weiteren Verunsicherungen. Wir befürchten langfristige Schäden für die gesamte Gesellschaft. Die Grenzkontrollen drohen das, was in den letzten 30 Jahren in der Grenzregion aufgebaut wurde, zu zerstören. Die gute wirtschaftliche und gesellschaftliche Zusammenarbeit ist in Gefahr.

Grenzkontrollen widersprechen der Europäische Idee eines freien Marktes und beeinträchtigen die Vorteile des Abkommens von Schengen maßgeblich. Die Freizügigkeit von Arbeitnehmern, Waren und Dienstleistungen ist ein wichtiger Motor für Wachstum und Stabilität in der Grenzregion und für ganz Europa.

Es ist nicht hinzunehmen, dass die ungelösten Probleme der Migrationspolitik zulasten der Entwicklung unserer Grenzregion ausgetragen werden. Wir fordern die Regierungen beider Länder auf, unverzüglich kurzfristige Maßnahmen zur Entlastung der Grenzen umzusetzen:

1. Einrichtung von jeweils zwei Kontrollspuren bzw. einer Fast-Lane auf den Autobahnen;
2. gemeinsame Kontrollen der Bundespolizei und des polnischen Grenzschutzes.

IHK Ostbrandenburg

IHK Cottbus

Monique Zweig
Hauptgeschäftsführerin

Jens Warnken
Präsident

Westliche Industrie- und Handelskammer

Arbeitgeberverband Lubuskie

Kamila Sz wajkowska
Hauptgeschäftsführerin

Janusz Jasiński
Vorstandsvorsitzender

Frankfurt (Oder), den 08.08.2025